



**Sparpaket, Korruptions-Untersuchungsausschuss, Bildungsmisere, Finanzdebakel, ELGA, Wehrpflicht-Diskussion – diese Themen beherrschten Österreichs Innenpolitik. Ein Querschnitt.**

# DER GROSSE JAHRESRÜCKBLICK

## +++ JÄNNER +++

Die ersten Zeugen werden vor dem **Korruptions-Untersuchungsausschuss** unter dem Vorsitz der Grünen Gabriela Moser befragt. Themen, die in den kommenden Monaten abgehandelt werden: Telekom, Buwog, Blaulichtfunk, Inserate, Glücksspielmonopol, Vergabe von Staatsbürgerschaften.



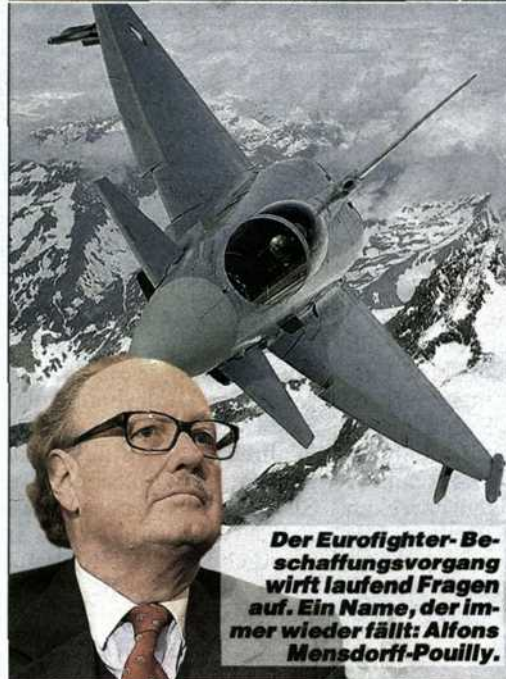
**Selfmade-Milliardär Frank Stronach präsentiert im September seine Partei.**



**Eine Volksbefragung soll über die Zukunft des Bundesheeres entscheiden.**

## +++ FEBRUAR +++

Kanzler Faymann (SPÖ) und Vizekanzler Spindlberger (ÖVP) präsentieren das **Sparpaket**. Insgesamt beträgt das Konsolidierungsvolumen 26,5 Milliarden Euro bis zum Jahr 2016. Besonders betroffen sind die Bereiche Pensionen und Arbeitsmarkt. Bereits fix eingeplant sind Einnahmen in der Höhe von 2,5 Milliarden Euro aus einer noch nicht beschlossenen europäischen Finanztransaktionssteuer bzw. dem geplanten Steuerabkommen mit der Schweiz.



**Der Eurofighter-Beschaffungsvorgang wirft laufend Fragen auf. Ein Name, der immer wieder fällt: Alfons Mensdorff-Pouilly.**



**Ärztammer und Datenschutzler kritisieren die Elektronische Gesundheitsakte.**

## +++ MÄRZ +++

Debatte um **Luxusdienstautos** für Regierungsmitglieder in Zeiten des Sparpakets: Die Bundesbeschaffungsagentur hat mit BMW einen Vertrag über 105 Limousinen im Wert von acht Millionen Euro geschlossen. Die Allradfahrzeuge sind für Minister, Staatssekretäre und Landeshauptleute gedacht. Die Landeschefs kontern prompt, dass sie gar keine 306 PS starken Dienstautos möchten und auch gar nicht angefordert hätten.



**Die Grüne Gabriela Moser führte lange Zeit den Vorsitz im U-Ausschuss.**



**ÖVP-Landesrat Martinz muss in Kärnten seinen Hut nehmen.**

## +++ APRIL +++

Finanzministerin Maria Fekter (ÖVP) und ihre Schweizer Amtskollegin

Eveline Widmer-Schlumpf unterzeichnen das sogenannte **Schwarzgeld-Abkommen**, durch das Steuerflüchtlinge Abschlagszahlungen zu leisten hätten. Fekter erhofft sich davon Einnahmen in der Höhe von einer Milliarde Euro bis Ende 2013.

## +++ MAI +++

Bund, Länder und Gemeinden unterzeichnen nach wochenlangen Verhandlungen den neuen innerösterreichischen **Stabilitätspakt**. Ziel ist der Defizit-

abbau und die Erreichung eines Nulldefizits bis 2016 sowie eine Schuldenbremse für die Jahre danach.

## +++ JUNI +++

Ex-Finanzminister Hannes Androsch erreicht mit seinem **Bildungsvolksbegehren** knapp 400.000 Unterschriften. Enttäuscht ist Initiator Androsch von der Politik, weil das Thema ohne einen einzigen Beschluss im Nationalrat beendet wurde. Niederlage für Unterrichtsministerin

Claudia Schmied (SPÖ): Die umstrittene **Zentralmatura** wird um ein Jahr verschoben. Die Kritik von Schülern, Lehrern, Eltern und Experten war zu groß geworden.

## +++ JULI +++

Der ehemalige Kärntner Landesrat Josef Martinz gibt am 25. Juli 2012 seinen Rücktritt als ÖVP-Landesparteiobmann bekannt. Gemeinsam mit seinem Steuerberater Birnbacher wird ihm illegale **Parteienfinanzierung**



# 2012



**Das Bildungs-Volksbegehren von Hannes Androsch versendet im Nationalrat.**



**Kanzler Faymann und Vizekanzler Spindlberger verhandeln das Sparbudget.**



**Finanzskandal: Salzburgs Landeschefin Burgstaller mit ihrem Referenten Brenner.**



**Steuerabkommen Österreich-Schweiz: Maria Fekter (li.) und Evelyne Widmer (re.)**



**U-Ausschuss: Peter Hochegger (re.) ist einer der Zeugen, die von Peter Pilz (li.) und Stefan Peitzner (u.) befragt werden.**



**+++ SEPTEMBER +++**

Der austrokanadische Milliardär Frank Stronach präsentiert seine Partei „Team Stronach“, mit der er bei den Kärntner Landtagswahlen und den Nationalratswahlen 2013 kandidieren will. Im November wird der Partei Klubstatus im Parlament gewährt, da mittlerweile sechs Nationalratsabgeordnete zu ihm übergetreten sind. Laut IMAS-Umfrage im November über die aktuelle Stärke der Parteien hält das „Team Stro-

nach“ bei elf bis 13 Prozent Wähleranteil und käme bei einer Nationalratswahl auf den vierten Platz.

**+++ OKTOBER +++**

Der parlamentarische **Korruptions-Ausschuss** endet vorzeitig durch einen Fristsetzungsantrag der Koalitionsparteien. Nach wochenlangem Streit über die Sommermonate über Protokolländerungen und Medieninformationen machte Vorsitzende Gabriela Moser (Grüne) schon im September den Weg frei und legte ihre Funktion zurück. Im Oktober nimmt der Ausschuss nach wenig ergebnisreichen Befragungen vieler Zeugen (unter ihnen die Lobbyisten Hochegger und Mensdorff-Pouilly, die Ex-Minister Grasser, Strasser und Reichhold sowie Investor Martin Schlaff) ein unruhliches Ende.

**+++ NOVEMBER +++**

Die **Elektronische Gesundheitsakte (ELGA)** wird im Nationalrat mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP beschlossen, Kritik kommt von der Ärztekammer und Datenschützern. ELGA gilt als umstritten, weil sämtliche Gesundheitsdaten von Patienten gespeichert werden, aber die Haftungsfrage bei missbräuchlicher Verwendung durch Dritte ungeklärt ist.

**+++ DEZEMBER +++**

Salzburg wird von einem **Finanzskandal** erschüttert: Eine Landesbeamtin soll über Jahre hinweg 340 Millionen Euro Steuergeld verspekuliert haben. Neben 50 offiziellen Spekulationsgeschäften würden 253 weitere Derivatgeschäfte betrieben, so der Vorwurf. Landeschefin Gabi Burgstaller (SPÖ) entschuldigt sich tränenreich bei der Salzburger Bevölkerung, vorgezogene Neuwahlen folgen.  
 Claudia Scherer

**Lesen Sie morgen: Der große Jahresrückblick der Außenpolitik**

Fotos: AP (4), Bundesheer (2), mauritius images, Christian Mueller, Uta Rojsek-Wiedergut (2), Peter Tomschi (2), REUTERS, Wilibald

beim Verkauf der Hypo Alpe Adria Bank vorgeworfen. Im Strafprozess gestehen die Beschuldigten, dass Birnbachers Millionen-Honorar der Parteienfinanzierung von ÖVP und FPÖ (damals BZÖ) dienen sollte.

**+++ AUGUST +++**

Die Regierungsparteien SPÖ und ÖVP haben sich darauf geeinigt, im Jänner kommenden Jahres eine **Volksbefragung** über ein Be-

rufsheer oder die Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht durchzuführen. Weiterhin auch Turbulenzen um den **Eurofighter**: Während Österreich für 15 Stück 1,7 Milliarden Euro bezahlte, werden der Schweiz vom Hersteller 33 Abfangjäger für nur 2,66 Milliarden angeboten.